

Votum der Schweiz für soziale Mindestnormen

Kooperation von Staaten und internationalen Organisationen

ske. Paris · Die Schweiz hat anlässlich der Konferenz der Arbeitsminister der 20 grössten Industrie- und Schwellenländer (G-20) zum Thema Beschäftigung eine vom G-20-Gastgeber Frankreich unterstützte Initiative zur Stärkung der sozialen Dimension der Globalisierung vorgestellt. Bundesrat Johann Schneider-Ammann sagte in Paris, Ziel des Vorstosses sei es, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei der Etablierung weltweit akzeptierter sozialer Mindeststandards und sozialer Grundrechte eine zentrale Rolle zu geben.

Für engere Zusammenarbeit

Die Schweiz will die Resolution bei der ILO-Generalkonferenz im Juni in Genf vorlegen. Schneider-Ammann betonte die Notwendigkeit, in dieser Frage eine engere Zusammenarbeit zwischen den Staaten und internationalen Organisationen wie der ILO, aber auch mehr Kohärenz zwischen der ILO, der Welthandelsorganisation (WTO), dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und anderen Gremien herzustellen. Die Schweiz nahm auf Einladung Frankreichs, das derzeit den G-20-Vorsitz innehat, an der Konferenz teil.

Es gehört zu den Prioritäten der französischen G-20-Präsidentschaft, eine engere Abstimmung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und eine grössere Solidarität unter den Staaten herzustellen sowie generell die soziale Dimension der Globalisierung zu stärken. Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy sagte bei der Konferenz, es sei nicht akzeptabel, wenn acht von zehn Menschen auf dieser Welt keinerlei sozialen Schutz genössen. Es gehe aber nicht darum, überall die gleichen Standards zu implementieren, sondern mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Sarkozy erinnerte daran, dass die Zahl der Arbeitslosen durch die Wirtschaftskrise in den G-20-Ländern um 30 Mio. gestiegen sei und die Ungleichgewichte zugenommen hätten. Frankreich bemüht sich seit den G-20-Gipfeln von Pittsburgh (2009) und Washington, solche Fragen auf die Agenda zu setzen, und hat das Thema zu einer der Prioritäten seiner Präsidentschaft gemacht. Sarkozy strebt auch an, dass Hilfszahlungen, etwa der Weltbank oder des IMF, an die Einhaltung bestimmter ökologischer oder sozialer Standards geknüpft werden.

Bei der Konferenz wurde betont, dass die Einrichtung sozialer Sicherungssysteme dauerhaftes Wachstum und soziale wie politische Stabilität för-

dern könne. Schon deshalb sei ein universeller und effektiver Zugang zu sozialen Leistungen sicherzustellen. Ohne Zweifel haben durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise die Ungleichgewichte teilweise zugenommen. Doch die Frage der Einhaltung von Mindestnormen auf sozialem oder ökologischem Gebiet wird von einigen Ländern auch für nationale Interessen instrumentalisiert. So hat Frankreich wiederholt Sanktionen wie Importbeschränkungen gegen «widerspenstige» Länder ins Spiel gebracht. Bundesrat Schneider-Ammann sprach sich gegen solche Vorgehensweisen aus und betonte, die Schweiz trete für frei zugängliche Märkte ein. Alle Länder müssten an der Entwicklung der Wirtschaft teilhaben können.

Tiefe Arbeitslosenquote

Er erinnerte daran, dass die Eidgenossenschaft lediglich eine Arbeitslosenquote von 3,1% aufweist, deutlich weniger als alle anderen G-20-Staaten. Schneider-Ammann brach ausserdem eine Lanze für die Personenfreizügigkeit, die ein Kronjuwel der Schweiz sei.

Bern bemüht sich wegen des wirtschaftlichen Gewichts des Landes seit längerem um eine Teilnahme an den G-20-Treffen. Sarkozy lud die Eidgenossenschaft schliesslich zu den Vorbereitungsstreffen, nicht aber zum G-20-Gipfel Anfang November in Cannes ein. Bundesrätin Doris Leuthard wird Anfang Juni am G-20-Treffen der Energieminister zum Themenkomplex Atomenergie teilnehmen.